

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Germann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Meiner. Eislör. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 11. März.

Deutscher Reichstag.

57. Plenar-Sitzung vom 11. März,
1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst noch
die zum Militäratlas beantragte Gewährung von
Pensionsbeträgen (Bereitstellung von Mitteln
für pro 1895—96, um den Quartierverehr,
während der Gruppenübungen freiwillig
Verpflichtung verabschiedet, eine Vergütung nach den
Sätzen der Marschverpflegung zu gewähren) und
Schadenerstattung warne Abends.

Die Kommission beantragt, die Resolution
Pensionsbeträgen unverändert anzunehmen, die Resolution
Schadenerstattung dagegen mit der Änderung, daß Mittel
zur allgemeinen Durchführung der warmen
Abendschlaf in den Etat eingestellt werden sollen,
„sobald die Finanzlage des Reiches es gestattet“.

Abg. v. Bollmar bemängelt diese Ab-
schwächung, durch welche die Resolution an Wert
verliere. Gerade bei Forderungen für Heeres-
zwecke richte man sich doch sonst nicht so sehr da-
nach, ob eine Ausgabe „durch die Finanzlage ge-
stattet werde“.

Abg. Schaeffler würde zwar ebenfalls sehr
gern die Resolution ohne jeden abweichenden
Zusatz angenommen sehen, aber er sage sich, daß
man nicht mit dem Kopf durch die Wand könne.
Daneben der Zusatz finde die Resolution offenbar
keine Mehrheit.

Abg. Dammacher stimmt dem Vorredner
zu und rechnet darauf, die Heeresverwaltung
werde ja zweifellos durchaus geneigt sein, sobald
das nur irgend möglich sei, der Resolution zu ent-
sprechen.

Abg. Richter: Was soll denn das über-
haupt heißen, daß die Sozialdemokraten sich hier
für eine Ausgabe von 8 Millionen zu erwärmen,
während sie hinterher den Militäratlas ja doch
ganz ablehnen. Dieser Eifer der Herren ist doch
also eine leere Demonstration. Und wenn es
nächster dieser 8 Millionen halber heißen wird,
jagt gehe es ohne Tabaksteuer erst recht nicht —
sind etwa die Sozialdemokraten bereit, die Tabak-
steuer zu bewilligen?

Nach kurzer Auseinandersetzung noch zwischen
den Abg. v. Bollmar und Richter wird
zunächst die Resolution Pensionsbeträgen angenommen.
Ebenso alsdann die Resolution Schaeffler, nachdem
zuvor ein Verlangen von Bollmar's über
den Zusatz der Kommission geäußert abgelehnt
und derselbe gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kraten angenommen worden war.

Es folgt der Postetat. Bei dem Gehaltstitel
Staatssekretär' erhebt

Abg. Lingens (Ztr.) an, daß in Bezug
auf die Sonntagsruhe der Beamten manches
besser geworden sei, gleichwohl aber sei auch
der gegenwärtige Zustand noch kein völlig
befriedigender. Namentlich sei der vorläufige
Resolution bezüglich der Pensionsbeträge, noch
nicht hinlänglich Rechnung getragen worden. Man
erzeuge auch dem Verkehr selbst eine Wohlthat,
wenn man ihn von dieser rückständigen Aus-
nutzung des Sonntags befreie. Redner empfiehlt
im Anschluß hieran die Annahme der von der
Kommission vorgeschlagenen Resolution: den
Reichsfinanzminister zu ersuchen, dahin zu wirken,
daß zur Förderung der Sonntagsruhe gleichzeitig
mit der Abschaffung der Gütersätze auch die vom
Reichstage beschlossene Beschränkung des Paket-
verkehrs beim Reichspostamt zur Ausführung ge-
lange.

Staatssekretär v. Stephan, auf der
Tribüne kaum verständlich, legt die mit dieser
Forderung verknüpften Unzulänglichkeiten für das
Publikum dar. Eine ganze Reihe von Paketen
würde dann überdies als Gültig angegeben wer-
den, die Sache würde also dann beim Alten
bleiben. Soweit etwas geändert könne, ohne die
Verkehrsinteressen zu schädigen, werde es ge-
schehen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) wünscht
Verlegung der Postdienstleistungen am Sonntag in
die Zeit, wo auch die Geschäfte geöffnet seien und
plaidiert dann, unter Verzicht auf bezügliche
Wünsche von Handelskammern, für Herabsetzung
der Telephongebühren. Auch auf diesem Gebiete
möge sich Herr v. Stephan als der große Re-
formator und Organisator erweisen. Ebenfalls
reformbedürftig sei der Post-Zeitungs-Tarif.

Staatssekretär v. Stephan dankt zunächst
für die feiner Verwaltung von dem Vorredner
gegebene Anerkennung. Diefelbe sei ihm um so
schätzbarer, als sie auf jener Seite des Hauses
sehr selten sei. Eine Karte über die Verbreitung
des Telephonwesens sei in Vorbereitung. Das
sichere aber der Vorredner nicht zu wissen, daß
das Fernsprechwesen, die Fernpreßstellen, in
Deutschland am ausgebreitetsten seien, in Berlin
seien mehr Fernpreßstellen, als in ganz Frank-
reich. Verbindungen seien im letzten Jahre nicht
weniger als 424 Millionen hergestellt worden.
Wenn die Zunahme an neuen Stellen jetzt lan-
gsamer fortschreite, so sei das nur natürlich, denn
zu Anfang hätten sich selbstverständlich Fernpreß-
Abonnenten in Masse gemeldet. Und was die
Verbilligung der Fernpreß-Gebühren anlangt, so
importe ihm das gar nicht, daß so und so viele
Handelskammern sie wünschen, denn wenn eine
Handelskammer erst damit anfange, dann sprechen
es natürlich Hunderte nach. Gegen den Befehl
des Handelsrates, wonach wenigstens an kleineren
Orten eine Ermäßigung auf 100 M. statt-
finden solle, sei ihm ja auch erst heute wieder ein
Protest der Breslauer Handelskammer zugegangen.
Dieje meine nämlich, daß gerade die großen
Orte viel eher eine Gebührenerhöhung bean-
spruchen könnten, da sie ja die meisten Ein-
nahmen lieferten. Wollte man ferner die Ge-
richtsgebühren für das einfache Briefporto herab-
setzen, so würde das Alles einen Einnahmeausfall
von 9 Millionen bewirken, und wenn die Einnah-
me das wolle, so müßte sie auch neue Steuern vor-
schlagen und zum Mindesten die Tabaksteuer her-
absetzen. (Unruhe links. Graf Posadowski, wel-
cher in der Nähe des Redners steht, nicht demotiv-
sieren hier beifällig zu.) Aus der Postzuständigkeits-
Reform würden, so bemerkt Redner schließlich,
Mehreinnahmen nicht entstehen.

Abg. Förster (Antimilitarist) tritt ein für Her-
absetzung des Gewichtes für einfache Briefe und
für Herabsetzung des Porto's im Ortsverkehr.
Sehe man, daß die Paketfahrt-Gesellschaft in
Berlin noch bei dem 3 Pf.-Porto Geheißt mache,
so werde die Post doch ebenfalls wenigstens mit
5 Pf. vorlieb nehmen können. Redner bemängelt
weiter, daß bei Nachprüfung von Telegrammen
an zu Manövern Ungefährlich nochmals Gebühren
erhöhen würden, ebenso bemängelt er die Massen-

verwendung unfittlicher Schriften auf dem Post-
wege. Die Resolution der Kommission hoffe er
angenommen sowie den Unterbeamten dadurch Er-
leichterung geschafft zu sehen, daß ihnen im Som-
mer das Tragen einer leichteren Kleidung gestattet
werde. Nebenfalls müßten die Dienststunden am
Sonntage mit der Arbeitszeit im Handels-
gewerbe in Einklang gebracht werden, so
daß der Nachmittagsdienst in Wegfall komme.
Zu rügen sei es, daß die Militärärzte wäh-
rend ihrer Probefahrtzeit nicht die vollen 3/4 des
Stelleneinkommens, welche ihnen zustünden, aus-
gezahlt erhielten. Es sei das eine schwere Schäd-
igung der Militärärzte. Tadeln müßte er
ferner Maßregelungen von Beamten, wie sie ent-
weder aus politischen Gründen oder bloß wegen
Zugehörigkeit zum Postassistenten-Verein statt-
gefunden hätten. In Frankfurt am Main in Schlesien
sei ferner ein Assistent gemaskiert worden, weil
er als antimilitaristischer Kandidat für die Stadt-
verordneten-Versammlung aufgetreten sei. Zum
Schluß weist Redner die Auffassung zurück, als
seien die Sozialdemokraten am berufensten dazu,
sich als Vertreter der Interessen der Postassistenten
hinzustellen.

Abg. Schönlaue (Soz.) giebt zunächst
zu, daß in Bezug auf Beteiligung der Unter-
beamten an Gratifikationen u. s. w. Manches
etwas besser geworden sei. Das gesamte sozial-
politische System der Postverwaltung sei aber das
alte geblieben. So laße man nach wie vor den
Assistenten die Arbeit von Sekretären — in
Hilfsstellen — auf, ohne sie doch in deren Ge-
halt zu erhöhen. Im Etatsjahre
1893—94 kamen auf 64.792 Unterbeamte nur
36.448 etatsmäßige Stellen! Das sei bezeichnend
genug. Noch schlimmer sei das Verhältnis der
Gesamtstellenzahl zu der Zahl der unfähigen an-
gestellten Beamten. Leider fehle über das Ver-
hältnis der künftigen zu den unfähigen angestellten
Beamten noch immer die verlangte genaue
Statistik. Die künftigen angestellten seien jederzeit
der Gefahr ausgesetzt, entlassen zu werden. Nicht-
wenig, unbedingt notwendig sei es, die Zahl
der unfähigen angestellten Unterbeamten zu ver-
mehren und die künftige Anstellung mit der
Zeit ganz fallen zu lassen und auch bei den
Assistenten die feste Anstellung oder eintreten zu
lassen, wie dies die vorjährige Resolution des
Reichstages verlangt habe. Weiter seien erforder-
lich angemessene Wohnungszuschüsse und
Ordnungsgelder, sowie Stellenzulagen für Subaltern-
und Unterbeamte. Die Sozialpolitik der Postver-
waltung kalmiere ja nun in ihren Wohlfahrts-
Einrichtungen, ihren Unterstützungskassen! Wie
reime sich aber damit zusammen, daß ein Post-
hilfsbote einen Revers unterschreiben müsse,
wenn er auf jede Unterstützung verzichte, wenn
er vor „Erlangung einer geordneten Lebensstellung
heirathe und dadurch in Noth komme“? Ja,
wann komme denn ein Posthilfsbote in eine „ge-
ordnete Lebensstellung“? Nach 24 Jahren, wenn
er etatsmäßig angestellt werde! Und wenn er vor 24
Jahren dieser 24 Jahre fortwährend unfähig werde, werde
er überhaupt nicht fest angestellt, so denn mit einem
Geringen abgefunden. Bei dem Post-Spar- und
Vorsparverein, der ja auch eine Wohltätigkeits-
Einrichtung sein solle, würde den Unterbeamten
Geld nur zu 5—6 Prozent gegeben, höheren Be-
amten dagegen mit 4 1/2 und 4 1/2 Prozent! Redner
bedauert dann eindringend die Überanforderung
und Behandlung der Unterbeamten, dabei
empfehlend auf Berlin und Leipzig, und er-
örtet ausführlich die Angelegenheit des Post-
assistenten-Verbandes. Daß das Vorgehen gegen
die Mitglieder dieses Verbandes Unzulässiges
schaffen müßte, verneine sich von selbst. Auf jeden
Fall seien die Zustände bei der Post in Bezug
auf die Gehälter der Unterbeamten, Behandlung,
Arbeitszeit sehr reformbedürftig, so daß der
Reichstag wohl daran thue, sich damit zu be-
schäftigen.

Direktor im Reichspostamt Fischer wider-
spricht der Auffassung des Vorredners, als sei es
Prinzip der Postverwaltung, auf Kosten der un-
teren Beamten die höher gestellten zu verlasten.
Die Postverwaltung sei davon weit entfernt. Alle
die Einzelheiten, die der Vorredner unter Namen-
nennung angeführt, könne er hier nicht widerlegen,
aber er widerspreche generaliter. Die Verwaltung
sei stets bestrebt, alle ihre Beamten gleichmäßig
und gerecht zu behandeln. Dem Abg. Förster er-
widert Redner jedoch, daß die Gehaltsbemessung
für die Militärärzte während ihrer Probefahrt
im Postdienste durchaus in Ueberein-
stimmung mit der Militärverwaltung erfolgt sei.
Weiter bestritt er, daß sich das Verhältnis
zwischen etatsmäßigen und nicht etatsmäßigen
Stellen gegen früher verschlechtert habe, wie Schön-
laue dies behaupte. Wenn 5 Jahren sei die
Zahl der etatsmäßigen Stellen um 15.000 ver-
mehrt worden. Gegenwärtig seien nur 33 Prozent
der Unterbeamten nicht etatsmäßig angestellt gegen
noch 38 Prozent im Jahre 1891. Das zeige
doch, in welcher Richtung die Postverwaltung be-
stätigt sei. Auch die Entlassung der künftigen
Beamten sei mit rechtlichen Garantien umgeben.
In jedem Falle werde nur nach Recht und Ge-
rechtigkeit verfahren. Auch Heirathen könnten die
Unterbeamten und Hülten es auch. Sener vom
Vorredner erwähnte Revers solle nur 20jährige
Leute verhindern, sich von einem Franzosen
einpacken zu lassen und so in ihr Unglück zu
gehen. Denn wenn sie mit 22 Jahren schon mit
2, 3 Kindern da säßen, — sei das kein Unglück?
Vorredner wolle von den Wohlfahrts-Einrichtungen
nichts wissen, aber nicht zu bezweifeln sei, daß die
Unterbeamten jetzt viel gesicherter dastünden, als
früher. Den Postunterbeamten die Postagenturen
zu übertragen, geht nicht an, denn diese Leute
haben nämlich noch anderweitige Berufsstellungen
und würden es ablehnen, diese aufzugeben, um
eine entfernter liegende Postagentur zu übernehmen.
Ich bedauere, daß dieser erste positive Vorschlag,
den der Abg. Schönlaue machte, völlig unausführ-
bar sei.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Ver-
athung.

Schluß 6 Uhr.

E. L. Berlin, 11. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Plenar-Sitzung vom 11. März,
11 Uhr.

Eingegangen ist der Antrag Böttger-
Wopelius (N.L.) betreffend die Aufhebung der

Doppelbesteuerung des aus ausländischen Unter-
nehmen bezogenen Einkommens.

Das Haus genehmigt sodann debattelos
den Gesetzentwurf betreffend die Verjüngung der
entbehrlich werdenden Steuerbeamten in dritter
Lesung.

Hierauf wird die Etatberatung mit dem
Etat der direkten Steuern fortgesetzt.

Abg. Wolz (Ztr.) bringt Beschwerden
vor über die Einkommensbesteuerung der katholi-
schen Geistlichen und namentlich über Abschätzung
verschiedener Einnahmen und des Einkommens
aus Grundstücken. Er bittet die Einkommens-
Kommission mit erweiterten Instruktionen zu
versehen.

Abg. v. Tiebemann (Soz.) wünscht
eine anderweitige Regelung der Behandlung der
Amortisationsquote bei Amortisationsdarlehen.
Heute werde diese Quote als Einkommen be-
trachtet, während die Lebensversicherungsbeiträge
frei bleiben.

Regierungs-Kommissar Geheimen Finanzrath
Wallach: Die Freilassung der Lebensver-
sicherungsbeiträge beruht auf besonderer gesetzlicher
Ausnahmebestimmung, die nicht willkürlich auf
Amortisationsdarlehen ausgedehnt werden kann,
auch besteht zwischen beiden Arten des Einkom-
mens ein erheblicher wirtschaftlicher Unterschied.

Die Abg. v. Wandmann (Soz.) und
Graf Strachwiz (Ztr.) schließen sich Tiebemann-
Bomst an, ausführend, daß namentlich die
Zwangsamortisation, welche für Hypotheken an
die Landbank gestellt werden muß, nicht als
Einkommen, sondern als Ausgabe zu betrach-
ten ist.

Abg. v. Bülow-Wandsbeck (fr.) findet
die Grundfälle für die Einschätzung ungleichmäßig-
gen Einkommens unhaltbar in der Art, wie sie
von vielen Einschätzungskommissionen ausgeübt
werden.

Regierungskommissar Geh. Rath Wallach:
Der Finanzminister ist über seine Ansicht in
dieser Angelegenheit noch nicht ausgesprochen. Grund-
satz ist, daß das faktische Einkommen jeden Jahres
bestimmt wird.

Abg. v. Kröcher (Soz.) widerspricht dem
Abg. Graf Strachwiz. Die Amortisationsquote
ist keine notwendige Ausgabe, sondern eine
Ersparnis, die dem Schuldner später zu Gute
kommt.

Abg. Dr. Sattler (N.L.) schließt sich
an Kröcher an. Die Freilassung der Lebensver-
sicherungsbeiträge hatte besondere wirtschaftliche
Gründe für seine Forderung, die bei Amortisations-
darlehen nicht in Frage kommen.

Abg. v. Brochhausen (Soz.) geht noch-
mals auf die Abschreibungsquote für Gebäude
ein. Mit der vorjährigen Erklärung des Ministers,
daß die Feststellung der Quote in jedem Ein-
zelfalle erfolgen muß, hat die Verfassungskommission
seine Quoten für bestimmte Art von Gebäuden
angenommen.

Minister Dr. Miquel: In das Verordnungs-
verfahren eingeleitet hat sich nicht erledigt und
ich denke, das kann auch nicht erledigt sein.
(Sehr richtig!) Die in Betracht kommenden Ein-
zelfälle sind auch hier viel zu wenig bekannt, um
darüber entscheiden zu können. Wenn von 15.000
Reklamationen 9000 für begründet erachtet sind,
so kann man doch den Verfassungskommissionen
nicht vorwerfen, sie nehmen Partei gegen die
Reklamationen. Die Steuerermäßigung hat sich durch
die klugen Rathschläge von Advokaten und Wirt-
schaftsadvokaten bereits stark gemindert; da wäre es
schade, die Verfassungskommissionen mehr einzu-
schränken. Ich selbst kann über alle ausstehenden
Streitfragen nur meine persönliche Rechtsansicht
äußern; für die Entscheidung der Verfassungskom-
missionen und des Verwaltungsgerichts ist das
aber ganz gleichgültig.

Abg. Graf Strachwiz (Ztr.) bedauert
nochmals, daß die Amortisationsquote eine Aus-
gabe und keine Einnahme ist, daher nicht als Ein-
kommen besteuert werden kann.

Abg. v. Buch (L.) hält die Amortisations-
quote für ebenso abzugsfähig, wie Lebensver-
sicherungsbeiträge. Was die Abschreibungsquote
für Gebäude anbelangt, so soll man nicht so viel
theoretisieren, das ist eine durchaus praktische An-
gelegenheit.

Abg. v. Tiebemann-Bomst schließt sich
v. Buchs Ausführungen an.

Minister Miquel: Die Gebäudeabzugs-
quote ist immer eine Bedachtungsfrage des Fiskus;
wird das Haus neu gebaut oder reparaturbedürftig,
so muß der Besitzer die Mittel aus seinem Ver-
mögen entnehmen, dann verlieren wir die Ein-
kommensteuer; oder er nimmt Schulden auf zum
Bau, dann fällt ebenfalls für die Zinsen die Ein-
kommensteuer weg.

Abg. Hugo Hermes (fr. Vp.) findet es un-
recht, daß die kommunalen Realsteuern nicht mehr
abzugsfähig sein sollen.

Reg.-Kommiss. Wallach: Diese Bestimmung
ist mit Bewilligung des Hauses in das Gesetz auf-
genommen worden.

Minister Dr. Miquel: Wollte man Hermes
Wünsche erfüllen, so würden sich Verhältnisse ent-
wickeln, die noch viel ungerechter wären, als die
heutigen.

Der Titel „Einkommensteuer“ wird ge-
nehmigt.

Bei dem Titel „Einkommenssteuer“ wünscht
der Abg. v. Kröcher (Soz.), bei der Veran-
lagung zu dieser Steuer die Schraube nicht all-
zufehr anzuziehen, der Ertrag sei ja nur gering
und gerade minder wohlhabende Leute tragen Be-
denken, zu reklamieren. Uebrigens verdienen die
Kataster-Kontrollen Anerkennung, welche die Ver-
anlagung so wirksam vorbereitet haben.

Minister Miquel stimmt im Allgemeinen
dem Vorredner zu. Ein Interesse an hoher Ein-
schätzung hat der Minister nicht, sondern nur die
Aufgabe, für eine gerechte Vertheilung der Steuer-
last zu sorgen. Es ist eine Hauptaufgabe des land-
wirtschaftlichen Ministeriums, daß die Erbsen
den Werth ihres Besitzes zu hoch veranschlagen
und damit den Besitznachfolger gegenüber den
anderen Geschwistern benachteiligen.

Abg. Frhr. von Döben (Soz.) erörtert
eine Reihe von Veranlagungsgrundsätzen bei der
Abschätzung des Werthes von Grundstücken, die er
für unzutreffend hält. Für die Aufhebung der
Kataster-Kontrollen wäre auch eine Anerkennung
in Baar zu empfehlen.

Regierungskommissar Gaus: Die Aus-
schätzung der Grundstücke wird in den nächsten
Tagen erfolgen. Redner vertheilt die Veran-
lagungsgrundsätze der Einschätzungskommissionen.

Bei dem Titel „Für die Veranlagung der
Gewerbesteuer“ spricht

Minister Miquel für die Nothwendigkeit

einer Umgestaltung der Gewerbesteuer, namentlich
in den großen Städten, wobei die Frage der Be-
steuerung der Schankwirtschaften, Bierpaläste u.
regelt werden könnte.

Der Rest des Etats wird genehmigt.

Es folgt der Etat der indirekten Steuern.

Abg. Krawinkel (N.L.) führt Beschwerde
über die Stempelsteuer, die man für milde Zu-
wendungen an Arbeiterkassen und für Beiträge zu
Grunderwerbskosten gefordert hat.

Minister Miquel: Stempelfrei sind nur
Zuwendungen zu Gunsten milder Stiftungen, die
erwähnten Einzelfälle sind im Ministerium nicht
bekannt.

Der Etat wird ebenfalls genehmigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Aufhebungs-Etat und An-
trag Böttger auf Aufhebung des Aufhebungs-
Gesetzes.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 11. März. Für die am Son-
abend verstorbenen Herzogin von Sagan fand heute
vormittag 11 Uhr in der Hedwigskirche hieselbst
ein feierliches Requiem statt. Der Kaiser und die
Kaiserin hatten sich bei der Feier vertreten lassen.

In einer gestern hier abgehaltenen Plenar-
sammlung sprachen die Abg. Graf Krieger und
Glebocki über religiöse Themat. Am 17. d. M.
soll eine große Versammlung stattfinden, in wel-
cher die Errichtung politischer Schulen gefordert
werden soll. Außerdem sollen von Zeit zu Zeit
Plenarversammlungen abgehalten werden zur Be-
kämpfung der Sozialdemokratie, wozu politische
Abgeordnete und Geistliche Referate ausgesetzt
haben.

Die in der Friedrichs- und Halleschen Vor-
stadt auftretende epidemische Krankheit, die sich
durch Blasenbildung im Munde charakterisirt, hält
Professor Dr. Virchow für eine Uebertragung der
Maul- und Klauenseuche auf den Menschen, wes-
halb er vor dem Genuß ungekochter Milch von
infirmen Thieren warnt.

Der Aufsatz des am 31. März er. statt-
findenden allgemeinen Bismarck-Kongresses hat
soeben an den Reichstagspräsidenten und den
Reichstag als solchen Einladungen zur Theilnahme
am Kongress ergehen lassen. Präsident von
Reverow empfing heute eine Abordnung des Aus-
schusses und ertheilte die Zugabe, erscheinen zu
wollen. Man hofft, daß auch zahlreiche Mitglieder
des Reichstages erscheinen werden.

Heute Mittag fand eine vertrauliche Be-
sprechung zur Bildung einer wirtschaftlichen
Vereinigung im Herrenhause statt. Den Vorsitz
führte Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-
Holstein.

Fürst Bismarck wird nach dem 1. April die
Vertreter der deutsch-konservativen Wahlvereine
empfangen.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr
v. Köller, ist nach seiner Rückkehr von Stettin
hier erkrankt und genügt, das Zimmer zu hüten.
Die Justizkommission des Reichstages setzte
heute die Beratung der Novelle zur Strafprozeß-
ordnung fort. In der Frage des Gerichtsstandes
der Freie nahm die Kommission einen von den
Abg. Wundel und Krenzmann eingebrachten An-
trag an, wonach für den Fall, daß der Inhaft
einer periodischen Druckschrift den Thatsachen
einer strafbaren Handlung bilde, der Gerichts-
stand der begangenen That, soweit die Verant-
wortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redak-
teurs, Verlegers und Druckers in Frage steht, bei
demjenigen Gericht begründet ist, in dessen Bezirke
die Druckschrift erschien. Die Fälle der Verfor-
gung im Wege der Privatklage werden durch diese
Vorrichtung nicht berührt. Auf Antrag des Abg.
von Bollmar (Soz.) wurde noch ein neuer § 55a
aufgenommen, wonach Verleger, Redakteur und
Drucker bestraft sind, das Zeugnis über die Ver-
tion des Verfassers und Herausgebers zu ver-
weigern, wenn der Inhalt einer Strafverfolgung
durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift
geleitet wird, für welche nach § 20 Absatz 2 des
Pressgesetzes der verantwortliche Redakteur als
Thäter haftet.

Morgen, Dienstag, beginnen die engeren
Verhandlungen des Staatsrathes unter dem
Vorstehe des Kaisers. Daran werden theil-
nehmen: Reichsfinanzminister Fürst Hohenlohe, sämt-
liche aktive Staatsminister, der Staatssekretär
des Staatsraths v. Dieckhoff, Ober-Landforstmeister
Domrath v. Brandenburger, Präsident Glagel,
Staatsminister a. D. v. Heyden, Kammerherr
v. Helldorf-Bebra, v. Bielefeld, v. Köller
(Präsident des Abgeordnetenhauses), Regierungs-
Präsident v. Wapfenbach, Freiherr v. Münnich-
rode-Wolfstein, Staatsminister a. D. Graf Jodo-
wisch, Graf v. Zieten-Schwerin (Mitglied des Ab-
geordnetenhauses), Freiherr v. Sauer, Geh.
Finanzrath a. D. Seide, Geh. Bergrath Leuch-
ter, Reichstags-Präsident v. Levetzow, General-
Direktor Dr. Ritter.

Der „Reichsanzeiger“ meldet heute offiziell,
daß dem Gouverneur von Malakka, Freiherrn
v. Scheel, die nachgesuchte Dienstentlassung „vor-
behaltlich weiterer Verwendung“ Allerhöchst er-
theilt worden ist.

Zu Ehren des Geburtstag des Prinz-
regenten Luitpold von Bayern findet morgen hier
eine größere Festfeier statt, der der bayerische Ge-
sante Graf Verchenfeld präsidiren wird.

General Schalkwitsch, der dem Kaiser den
ihm vom Sultan verliehenen Ehrenkleid über-
brachte, nahm als kaiserliches Gnadenbesand
ein Paar prachtvolle Hosen aus der kaiserl. Porzellan-
Manufaktur nach Konstantinopel mit.

Heute vormittag machten Ihre Majestäten
der Kaiser und die Kaiserin den gewöhnlichen
gemeinsamen Spaziergang durch den Thiergarten.
Auf dem Rückwege nahmen Seine Majestät einen
kurzen Vortrag des Staatssekretärs des Aus-
wärtigen, Staatsministers v. Bielefeld, in
dessen Wohnung entgegen und hörte, ins
königliche Schloß zurückgekehrt, den Vortrag des
Chefs des Geheimen Reichskabinetts, v. Bielefeld.
Nachher Dr. v. Lucanus, sowie die Marine-
Vorstände. Zur Frühstückstafel waren Ihre
Majestäten der Herzog und die Herzogin Friedrich
Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-
Glücksburg geladen.

Seine Majestät der Kaiser hat, wie der
„Post“ mitgetheilt wird, heute Mittag die Rabi-
neisbörse unterzeichnet, durch die auf Vorschlag
des Staatsministeriums der bisherige Regie-
rungs-Präsident in Breslau, Dr. von Hebe-

brand und von der Raza, zum Ober-Präsidenten
der Provinz Posen ernannt wird. Dr. von
Hebebrand ist mit den Verhältnissen der Provinz
Posen wohl vertraut, da er vor seiner Ver-
setzung nach Breslau als Regierungs-Präsident
in Königsberg thätig war.

In der vorgestrigen Sitzung des königl.
preussischen Landes-Deconomie-Kollegiums, welcher
auch der Landwirtschafts-Minister Freiherr von
Marnett beizuwohnen, wurde zunächst die Frage
berathen: „Welche Maßnahmen empfehlen sich,
um der Tuberkulose des Rindviehs, der Schweine und
Biegen entgegenzutreten?“

Der Referent Professor Dr. Schütz empfahl
folgende Resolution: „Das Landes-Deconomie-
Kollegium beschließt: 1. Es dürfte sich empfehlen,
die mit Hilfe von Staatsmitteln angeschafften
Kühen nur dann zur Zucht zu verwenden, wenn
bei diesen nach der Einfuhrung des Tuberkulins
entweder keine oder nur eine ganz geringe Reaktion
eingetreten ist. 2. Es dürfte sich empfehlen, an
die Küher nur Milch zu verabreichen, welche auf
85 Grad Celsius erwärmt ist.“ Der Redner be-
merkt noch zur Begründung dieses Vorschlags, daß
bei dem erwähnten Hiegegebilde alle Tuberkeln
getödtet werden. Graf von Bernstorff (Weimarer
in Hannover) befragte folgenden Antrag: „Das
Landes-Deconomie-Kollegium beschließt: Die könig-
liche Staatsregierung zu ersuchen: 1. Schritte zu
thun, um die Versicherung gegen Verläufe beim
Impfen von Viehschäben aus importirtem
Zuchtmateriale zu ermöglichen u. s. w. zu erleichtern,
2. zu erwägen, ob nicht durch gesetzliche Bestim-
mungen oder Verordnungen, die den Sammel-
nässereien ausgegeben werden könnten, Wager-
misch nur nach Erhebung von 85 Grad Celsius
den Viehtierern zurückzugeben sei.“ Nach längerer
Debatte gelangen beide Anträge zur Annahme.

Es folgte ein Referat des Geh. Ober-Regie-
rungsraths Prof. Dr. Maercker (Halle a. S.) über:
„Nach welchen Richtungen sind unsere land-
wirtschaftlichen Versuchsanstalten einer Ausdeh-
nung bedürftig?“

Nach lebhafter Debatte gelangte folgende Re-
solutionsentwurf zur Annahme: „Das Landes-
Deconomie-Kollegium ersucht den Herrn Minister
für Landwirtschaft, den landwirtschaftlichen Ver-
suchsanstalten größere Mittel als bisher zur Ver-
fügung zu stellen, damit dieselben und zwar eine
jede in ihrer speziellen Arbeitsrichtung in die Lage
kommen, ihre für die weitere Entwicklung der
Landwirtschaft unentbehrlichen wissenschaftlichen
Arbeiten in noch größerem Umfange als bisher zu
führen, auch die gleiche Forderung der Fortwirt-
schaft zuzuwenden. 1. Die Lage der Land-
wirtschaft erfordert eine gesteigerte und praktisch
erfolgreiche Thätigkeit ihrer wissenschaftlichen Or-
gane, besonders der landwirtschaftlichen Ver-
suchsanstalten zur Erforschung der brennenden Tages-
fragen, durch welche die landwirtschaftliche Pro-
duktion gefördert und verbilligt werden kann. 2. Da
die Gefahr vorliegt, daß die eigene opfer-
willige Versuchstätigkeit der Landwirtschaft, durch
welche dieselben die deutsche Landwirtschaft bisher
in großartiger Weise gefördert haben, durch die
schlechte Lage, bei der doch eine Versuchstätigkeit
zur Erhaltung der verschiedenen Verhältnisse be-
sonders notwendig ist, aufhört oder doch wesent-
lich eingeschränkt wird, so ersucht das königliche
Landes-Deconomie-Kollegium den Herrn Minister
für Landwirtschaft, ausgiebige Mittel zur Ver-
fügung zu stellen, um das Versuchswesen zum
möglichst schnellen Uebertrag der wissenschaft-
lichen Ergebnisse in die Praxis mehr als bisher
zu unterstützen. 3. Für diesen Zweck läßt es das
königliche Landes-Deconomie-Kollegium für ange-
messene, denjenigen landwirtschaftlichen Ver-
suchsanstalten, welche sich mit Vegetationsversuchen
beschäftigen, oder nach Lage der Verhältnisse dazu
geeignet sind, eine Versuchswirtschaft bezw. ein
großes Versuchsfeld zu überweisen, welches von
einem praktischen Landwirthe unter maßgebender
Mitwirkung der betreffenden landwirtschaftlichen
Versuchsanstalt zu bewirtschaften wäre. 4. Das
Landes-Deconomie-Kollegium ersucht den Herrn
Minister, im Anschluß an die Versuchswirt-
schaften und auch da, wo die Verhältnisse der be-
treffenden landwirtschaftlichen Versuchsanstalt eine
Verbindung mit einer Versuchswirtschaft oder
einem größeren Versuchsfeld nicht zulassen oder
nicht angemessen erscheinen lassen, entsprechende
Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Ausfüh-
rung von Versuchen durch eine größere Zahl von
geeigneten praktischen Landwirthen unter Gewäh-
rung eines vollen Ersatzes für die erwandenden
Kosten und Gewährung von technischen Hilfs-
kräften zu ermöglichen. Diese Versuche sollen
unter der Oberleitung der landwirtschaftlichen
Versuchsanstalt, wömmöglich auch unter Heran-
ziehung der Wanderschüler, Leiter und Lehrer der
landwirtschaftlichen Winterschulen ausgeführt
werden. 5. Da die beiden wichtigsten landwirt-
schaftlichen Nebengewerbe, die Spiritus- und
Stärke-Fabrikation, bis jetzt Versuchsanstalten
nicht besitzen, von solchen Anstalten aber eine
Förderung der genannten Nebengewerbe zu er

Verursache, labmlegen, am noch nicht einmal...
Mannheim, 11. März. Die badiſche na-
tional-liberale Partei hielt geſtern in Karlsruhe
einen Parteitag, bei dem die Forderung der Wahl-
reform für die nächſten Landtagswahlen.
Das Programm verlangt die Einführung des
direkten Landtagswahlrechts, Abänderung des Ge-
meindegesetzes, der Vermögenssteuer, Hebung der
Getreidepreise, ſoweit dies ohne Brod-
vertheuerung möglich. Der Parteitag nahm ein-
ſtimmig eine Reſolution an, welche die Reichs-
tagsfraktion auffordert, in der Umſturzvorlage
nur den Strafgeſetzgebungen gegen die Anforde-
rung und Verberückſichtigung zu und von Verbrechen
gegen die Untergrabung der Diſziplin im
Heere zuzuſtimmen, ſämtliche anderen Beſtim-
mungen aber abzulehnen und eventuell gegen die
ganze Umſturzvorlage zu ſtimmen.

Oeſterreich-Ungarn.
Peſt, 10. März. Der „Budapeſter Kor-
reſpondenz“ zufolge hält das Magnatenhaus am
20. d. M. eine Sitzung zur Erleidiung des
Budgets ab. In den darauf folgenden Sitzungen
werden die unerledigten zwei Kirchengeſetze ver-
handelt.
Peſt, 11. März. Der Miniſterpräſident
Baron Vanyſch wird ſich in der nächſten Zeit
nach Wien begeben, um mit der öſterreichiſchen
und der gemeinſamen Regierung den Zeitpunkt
für den Zuſammentritt der Delegationen feſtzulie-
ſſen. Die Konferenzen zur Beſtellung des ge-
meinfamen Budgets werden wahrſcheinlich erſt in
der Oſterwoche ſtattfinden.

Frankreich.
Paris, 10. März. Der „Matre von Havre,
Brindeau (Republikaner), wurde bei der heutigen
Kammer-Erſtaffwahl zum Deputirten gewählt.
Ein Gegenkandidat war nicht aufgeſtellt worden.
Das Mandat hatte Felix Faure bis zu ſeiner
Ernennung zum Präſidenten der Republik inne.

Auſland.
Petersburg, 11. März. Die Ernennung
des Fürſten Kobanow zum Miniſter des Aus-
wärtigen wird amtlich bekannt gegeben.
Petersburg, 11. März. Heute früh 10
Uhr traf die Leiche des Großfürſten Alexiſ
Nikolajewiſch auf dem hieſigen Nikolaibahnhofe
ein. Nachdem im Wagon ein Trauergebet ge-
ſprochen worden war, wurde der Sarg auf den
Leichenwagen gehoben und in großer Prozeſſion
nach der Peter-Pauls-Feſtung übergeführt. Hinter
dem Leichenwagen ſchritten der Kaiſer und die Mit-
glieder der kaiſerlichen Familie. In Wagen folgten
die Kaiſerin, die Kaiſerin-Witwe, die Groß-
fürſtinnen, die Hofdamen und die Hofdame.
Auf den Straßen, in denen Kavallerie und In-
fanterie Spalier bildete, war eine große Menſchen-
menge angeſammelt.

Petersburg, 11. März. Der Wortlaut des
kaiſerlichen Ulaſes, durch welchen Fürſt Kobanow
zum Verweſer des Miniſteriums des Aeußeren
ernannt wurde, iſt folgender: Der außerordentliche
bevollmächtigte Vorſtand bei Sr. Majeſtät dem
deutſchen Kaiſer und König von Preußen und
außerordentliche Geſandte und bevollmächtigte
Miniſter bei dem großherzog mecklenburg-ſchwerin-
ſchen und mecklenburg-ſtreliſchen Hofe, Fürſt Ko-
banow-Nikolajewiſch, iſt zum Verweſer des Mi-
niſteriums des Aeußeren unter Beſtellung in den
Würden eines Staatsſekretärs und Senators
ernannt.

Petersburg, 11. März. Der „St. Peters-
burger Zeitung“ zufolge bringen die hieſigen
Deutſchen dem Fürſten Biſmarck zum Geſchäfts-
eine geſchriebene Schale aus ſibirischen Moosgrün
Nephrin dar. Die Schale wird auf einem präch-
tigen Fuß aus Porphyrr ruhen.

**Der Untergang des Dampfers
„Amerique“.**
Ein Vertreter eines meiſſiſchen Hauſes, der
auf dem verunglückten Dampfer „Amerique“ die
Reiſe von St. Nazaire nach Kolumbien gemacht
hat, ſchreibt unterm 2. Februar aus Barranquilla
ſeiner Firma über den Untergang dieſes Schiffs:
Schon in den erſten ſechs Tagen von St. Nazaire
ab hatten wir ſtärkſten Wind. Über das war

nur Kinderſpiel gegen den Schluß. Am Samstag
den 26. Januar, waren wir in Puerto Cabello
mittags fertig zur Abfahrt nach Puerto Colombia,
wo wir nach 36 Stunden einſtricken ſollten. Der
Dampfer ging jedoch erſt Abends 5 Uhr ab. Am
Montag früh um 3 1/2 Uhr kam plötzlich eine Welle
über Deck; das Waſſer drang mit ſtürzender
Gewalt in die Schlafkabinen und jagte uns aus
den Betten. Wir ſchloſſen mit Mühe die Luken.
Ich ging zur Erleuchtung auf Deck und ſah den
Speiſeſaal ſchon unter Waſſer, in den Gütern
ſtand das Waſſer fußhoch. Ich lief zurück zu
meinem Gemach, um meine Frau heranzuholen.
Wir waren eben im Begriff nach unſeren Kleibern
zu greifen, als eine Welle unſere Luke zertrümmerte.
Wir ſtritten ſich überall. Auf Deck fanden wir
Schutz vor den überall hereinſtürzenden Waſſer-
maſſen und ſtanden dort, nothdürftig beſchützt
in Angst und Schrecken den Augenblick erwartend,
wo wir uns in die Wellen ſtürzen müßten. Meine
Frau benahm ſich heldenmüthig; ſie war auf alles
gefaßt, ebenſo ſämtliche andere Reiſende und
Schiffsangehörige, die ſich bei uns eingefunden
hatten. Nur der franzöſiſche Konſul in Peru
heute um die Wette mit einer Frau aus Barran-
quilla, die mit ihrem kleinen Töchterchen daſſelbe
und jeden um Rettung beſſeren anſah. Wir
bemühten uns alleſammt zu beruhigen, und endlich
erhielt ſich die Sonne über das Vorgebirge von
Santa Marta und beleuchtete unſere Lage. Das
Schiff ſaß auf einer Sandbank in der Mündung
des Magdalenaſtromes in etwa 5 Meter tiefem
Waſſer, während der Dampfer bei einem Gehalt
von 4800 Tonnen 7,5 Meter brachte, um fahren
zu können. Wir hatten das Gefäß vollſtändig
eingeſenkt. Der Dampfer lag auf der rechten
Seite. Zufällig hatten alle Reiſende bis auf drei
oder vier ihre Schlafkabinen auf der rechten Seite
gehabt und waren vom erſten Augenblick ab von
ihrem Gepäck abgeſchieden. Meine Frau beſaß
ein Hemd, ein Nachthemd, einen Unterrock, einen
Regenmantel, Strümpfe, Schuhe und einen
Nachtgürtel; ſie ſelbſt ein Nachthemd, eine
Unterhose, ein Nachthemd und eine Wäſche mit der
Briſtfaſche, in welcher außer 1000 Franks in
franzöſiſchen Noten Heirathsvertrag und Paß und
andere Urkunden ſteckten. Auch hatte ich meine
Uhr mit Kette und die Börſe mit etwa 200
Franks in der Wäſche. Neben noch unſere Ringe
zu erwähnen. Alles andere iſt fort — ein Spiel
der Wellen. — Wie kam der Dampfer in die
Lage? Nur der Kapitän trägt die Schuld, nach-
her rettete er ſich rechtzeitig und ließ alle zurück.
Der Kapitän nahm die Mündung des Magda-
lenenſtromes, der voller Klippen und Sandbänke
iſt, für die Bai von Savanilla. Er fuhr friſch
darauf los, bis er plötzlich die Klippe ſah. Dann
ließ er rückwärts dampfen, das letzte Kommando,
das noch an den Signalvorrichtungen ſichtbar
war. Das Schiff ging wohl noch 50 Meter
zurück, dann ſaß es auf der Sandbank in der
vollſtändigen Brandung, die im Handumdrehen alles
zerſtörte. Am Montag geſchah nichts. Man
wartete auf Hilfe aus Barranquilla, die nicht
kam. Wir lagen an einer Stelle, die nur für
ein Schiff hier erreichbar iſt, für das kolumbiſche
Kriegſchiff „Bopa“, das ſehr geringen Tiefgang
hat. Am Dienstag Morgen kam die „Bopa“
vorbei; ſie ging in wichtigen Revolutionsgeſchäften
nach Santa Marta, aus dieſer ſie unbedacht. Man
ſandte von Bord aus ein Boot mit einem
Kabel an die Klippe: das Boot ſank um, ein
Mann ertrank, ſechs Mann retteten ſich auf eine
Sandbank; dort blieben ſie einen Tag ohne
Eſſen und Trinken, bis ſie ſchließlich durch
Berzweigung ins Waſſer waren und alle glück-
lich ans Land kamen. Das Kabel ging verloren.
Dann baute man Floße und Windbögel, um
dadurch Verbindung mit dem Lande zu ſchaffen;
alles vergebens. Am Donnerstag Morgen ging
dann unſer Kapitän ſelbſt an Land mit einer
Kleine, um uns zu retten, wie er ſagte, in Wahr-
heit, um ſich ſelbſt vor der Mannſchaft in Sicher-
heit zu bringen. Der Mann hat ſo unverantwort-
licher Weiſe ſeinen Poſten verlaſſen. Die Kleine
riß in der ſtürzenden Brandung. Der zweite
Offizier, ein Mann, der des Gehorchens nicht des
Verſehens gewohnt iſt, hat gearbeitet wie ein
Pferd, hat aber keine Autorität. Jeder beſah,
keiner gehorchte mehr. Schließlich wurde noch ein
Boot mit Kabel abgeſandt und kam glücklich an.
Dann zeigte es ſich, daß die Strömung ſo
ſtark war, daß das Kabel gar nicht zu
ſtrecken war. Als Aeußerſtes verſuchte dann ein
Waſchmiſch, an dem Kabel entlang zu gehen, wurde
aber von der Strömung fortgetrieben. Bis dahin
hatten wir alle noch Muth und Hoffnung gehabt.
Darnach aber verließ uns der Muth. Der meiste
Theil der Mannſchaft bemächtigte ſich der
letzten zwei Boote. Eins kam fort und trieb an
Land. Das andere hatte keine Segel und wurde
nicht abgeſandt. Geſtern, Freitag Morgen (1. Fe-
bruar), ſetzte man die Reiſenden, den Kommiſſar,
einen Matroſen, einen ſekundären Neger und ver-
ſchiedene Kellner hinein, um uns an Land zu
ſchaffen, in Wahrheit, um uns los zu werden, da
die Lebensmittel am Bord knapp wurden. Wir
hatten am Donnerstag nur noch ſalziges Waſſer
und etwas altes Brod nebst einem Zoll Dering.
Man glaubte uns verloren. Zweimal ſchlugen die
Wellen ins Boot. Wir ſaßen alle im Waſſer
und ſchöpften mit Hüten und Schuhen, um uns
flott zu erhalten. Endlich kamen wir durch die
Brandung in den Magdalenaſtrom und ſtiegen
nach 1 1/2 Stunden in Sabana de las Flores an
Land. Dort haſten uns alle Leute mit Kleidung
und Lebensmitteln. Es herrſchte allgemeine Freude
und Umarmung. Man empfing uns mit der

Nachricht: Revolution! Das machte aber keinen
Einbruch. Wir haben fünf ſchreckliche Tage und
Nächte verbracht und fürchten nach Errettung aus
der Waſſerſcheide keine Revolution mehr. Barran-
quilla iſt übrigens ruhig. Die Eifenbahn Sabana-
de-Barranquilla drachte uns hierher. Wir
langten an wie Bettler, ohne Schuhe und noth-
dürftig beſetzt, aber von Herzen froh. Später
wurden noch etwa 50 Leute, die ſich an Bord
unſeres aufgelaufenen Schiffs befanden, von
einem britiſchen Kriegſchiff gerettet. Vorerwähnter
franzöſiſcher Konſul, dem ich geſtern Abend
über das Verhalten des Kapitäns im Kapitel ge-
ſprochen, der ſich jetzt ſehr um uns bemüht, habe ich
ein Telegramm eingehängt, das durch beſondere
Bergungung von der Regierung beſtätigt worden
wird. Es lautet: Ambos salvos, nudos. (Wir
ſind beide wohlbehalten, aber ausgezogen.)

Stettiner Nachrichten.
Stettin, 12. März. Das Schwur-
gericht verhandelte in der geſtrigen Sitzung
gegen den Wäldermeiſter Hermann Albert Hein
aus Pöbeluch, dem Brandſtiftung in betrügeriſcher
Abſicht, ſowie Verſuch der Verleitung zu dieſem
Verbrechen vorwurden wurde. Auf dem Grund-
ſtück, welches der Angeklagte in Pöbeluch beſitzt,
brannten in den ſpäten Abendſtunden des 28.
März 1894 ein an das Wohnhaus angebauter
Brettſchuppen und ein etwas davon entfernt
ſtehender, aus Fachwerk erbauter Stall nieder.
Ueber den Fall wurde die übliche Unterſuchung
betrüß der Entſtehungsurſache des Feuers ein-
geleitet, die angeſtellten Erhebungen führten jedoch
vorläufig zu einem durchaus negativen Reſultat.
H. liquidirte bei der Altpommern Feuerſoſietät
und dem Altonaer Verſicherungsverein den ihm an-
ſtandenen, durch Verſicherung geſchehen Schaden
und erhielt für die abgebrannten Gebäude 1220
Mark für vernichtetes Holz 40 Mark vergütet.
Der zum überwiegenden Theil von den ein-
zelnen Miethern des Hauſes benutzte Stall wurde
wieder aufgeführt und iſt der Angeklagte
jezt mit derſelben Summe wie vor dem Brande
verſichert: 14 790 Mark für Immobilien und
4400 Mark für Mobilien. Am 28. September
vorigen Jahres kam auf dem Boden des dem H.
gehörigen Wohnhauſes Feuer aus, das im Ent-
ſtehen geſchloſſen wurde, man fand mit Petroleum
getränkte Spähne an der Brandſtelle, es lag also
zweifellos Brandſtiftung vor, der Thäter konnte
aber nicht ermittelt werden. Am 1. Januar d. J.
erſchien nun vor der hieſigen Polizei die Frau
eines Schuhmachers Nadele und ſagte, daß ihr
Mann ſie ſeit Monaten auf größte mißhandlung
und täglich mit Tothſchlag bedroht habe. Ueber
das Motiv zu dieſem brutalen Vorgehen ihres
Ehemannes befragt, erklärte die Frau, ſie wiſſe
um die Beſchuldigung des H. an dem Brande der
Heinrichs Bauſchleiten im Frühjahr 1894. Zu
bemerkn iſt hierbei, daß Nadele bis zum Mai
vorigen Jahres bei dem Angeklagten wohnte, dann
zog er unter Zurücklaſſung einer erklecklichen
Mietſchuld aus und überließ dieſelbe. Die
Frau der erwähnten Anzeige war, daß zunächſt H.
in Haft genommen wurde, dann erſchien ſich
aus den Angaben der H. ſelbſt erhebliche
Beläftigungsmomente gegen H., weſhalb am 30.
Januar deſſen Verhaftung erfolgte. Gegen H.
mußte das Verſahren eingeleitet werden, da die
Frau bei ihrer gerichtlichen Vernehmung von dem
Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch machte.
Die von dem Ehepaar Nadele gegen H. erhobe-
nen Beſchuldigungen giſtelten darin, daß der An-
geklagte direkt geküßert haben ſollte, er wolle den
rothen Sack aus dem Dach ſteigen. Am dem Abend
des 28. März ſollte H. in Gegenwart der bei ihm
zu Beſuch anweſenden Geſchichte Nadele zwei
Kränzen mit Spiritus, die er in Stettin gekauft,
aus dem Keller geholt und hinausgetragen haben.
Die Frau ſei, ſo behauptet ſie, weiter, daß
darauf in die eigene Wohnung hinaufgegangen
und der mit den leeren Krügen zurückkehrende
Angeklagte habe ihm gegenüber geküßert, jezt
beſchneide der Stall. Später ſollte H. dann noch
verſucht haben, den H. zu überreden, daß er das
Wohnhaus anzünde, der Angeklagte habe ver-
ſprochen ihm in dem neu zu erichtenden
Hauſe auf Lebenszeit eine Wohnung einzu-
räumen. Das Gericht fand es gerathen, von der
Vernehmung des Zeugen Nadele Abſtand zu neh-
men und den Geſchworbenen erſchien das bei-
gebrachte Beläftigungsmaterial, das weſentlich auf
den Ausſagen der H. ſelbſt beſteht, jedo-
falls nicht ausreichend, um einen Schuldſpruch
zu begründen, beide Schuldigen wurden viel-
mehr verurtheilt und erſolgte demgemäß die Frei-
ſprechung des Angeklagten. — Die Sitzung
war erſt gegen 8 Uhr beendet.

Stettiner Nachrichten.
Stettin, 12. März. Das Schwur-
gericht verhandelte in der geſtrigen Sitzung
gegen den Wäldermeiſter Hermann Albert Hein
aus Pöbeluch, dem Brandſtiftung in betrügeriſcher
Abſicht, ſowie Verſuch der Verleitung zu dieſem
Verbrechen vorwurden wurde. Auf dem Grund-
ſtück, welches der Angeklagte in Pöbeluch beſitzt,
brannten in den ſpäten Abendſtunden des 28.
März 1894 ein an das Wohnhaus angebauter
Brettſchuppen und ein etwas davon entfernt
ſtehender, aus Fachwerk erbauter Stall nieder.
Ueber den Fall wurde die übliche Unterſuchung
betrüß der Entſtehungsurſache des Feuers ein-
geleitet, die angeſtellten Erhebungen führten jedoch
vorläufig zu einem durchaus negativen Reſultat.
H. liquidirte bei der Altpommern Feuerſoſietät
und dem Altonaer Verſicherungsverein den ihm an-
ſtandenen, durch Verſicherung geſchehen Schaden
und erhielt für die abgebrannten Gebäude 1220
Mark für vernichtetes Holz 40 Mark vergütet.
Der zum überwiegenden Theil von den ein-
zelnen Miethern des Hauſes benutzte Stall wurde
wieder aufgeführt und iſt der Angeklagte
jezt mit derſelben Summe wie vor dem Brande
verſichert: 14 790 Mark für Immobilien und
4400 Mark für Mobilien. Am 28. September
vorigen Jahres kam auf dem Boden des dem H.
gehörigen Wohnhauſes Feuer aus, das im Ent-
ſtehen geſchloſſen wurde, man fand mit Petroleum
getränkte Spähne an der Brandſtelle, es lag also
zweifellos Brandſtiftung vor, der Thäter konnte
aber nicht ermittelt werden. Am 1. Januar d. J.
erſchien nun vor der hieſigen Polizei die Frau
eines Schuhmachers Nadele und ſagte, daß ihr
Mann ſie ſeit Monaten auf größte mißhandlung
und täglich mit Tothſchlag bedroht habe. Ueber
das Motiv zu dieſem brutalen Vorgehen ihres
Ehemannes befragt, erklärte die Frau, ſie wiſſe
um die Beſchuldigung des H. an dem Brande der
Heinrichs Bauſchleiten im Frühjahr 1894. Zu
bemerkn iſt hierbei, daß Nadele bis zum Mai
vorigen Jahres bei dem Angeklagten wohnte, dann
zog er unter Zurücklaſſung einer erklecklichen
Mietſchuld aus und überließ dieſelbe. Die
Frau der erwähnten Anzeige war, daß zunächſt H.
in Haft genommen wurde, dann erſchien ſich
aus den Angaben der H. ſelbſt erhebliche
Beläftigungsmomente gegen H., weſhalb am 30.
Januar deſſen Verhaftung erfolgte. Gegen H.
mußte das Verſahren eingeleitet werden, da die
Frau bei ihrer gerichtlichen Vernehmung von dem
Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch machte.
Die von dem Ehepaar Nadele gegen H. erhobe-
nen Beſchuldigungen giſtelten darin, daß der An-
geklagte direkt geküßert haben ſollte, er wolle den
rothen Sack aus dem Dach ſteigen. Am dem Abend
des 28. März ſollte H. in Gegenwart der bei ihm
zu Beſuch anweſenden Geſchichte Nadele zwei
Kränzen mit Spiritus, die er in Stettin gekauft,
aus dem Keller geholt und hinausgetragen haben.
Die Frau ſei, ſo behauptet ſie, weiter, daß
darauf in die eigene Wohnung hinaufgegangen
und der mit den leeren Krügen zurückkehrende
Angeklagte habe ihm gegenüber geküßert, jezt
beſchneide der Stall. Später ſollte H. dann noch
verſucht haben, den H. zu überreden, daß er das
Wohnhaus anzünde, der Angeklagte habe ver-
ſprochen ihm in dem neu zu erichtenden
Hauſe auf Lebenszeit eine Wohnung einzu-
räumen. Das Gericht fand es gerathen, von der
Vernehmung des Zeugen Nadele Abſtand zu neh-
men und den Geſchworbenen erſchien das bei-
gebrachte Beläftigungsmaterial, das weſentlich auf
den Ausſagen der H. ſelbſt beſteht, jedo-
falls nicht ausreichend, um einen Schuldſpruch
zu begründen, beide Schuldigen wurden viel-
mehr verurtheilt und erſolgte demgemäß die Frei-
ſprechung des Angeklagten. — Die Sitzung
war erſt gegen 8 Uhr beendet.

Konzeri für Bethanien. Durch
Ermächtigung und Erlaß von Kurtoſen und
Hilfsgebern an Unbemittelte in Höhe von über
12000 Mark iſt der Diaſoniſſen- und Kranken-
anſtalt Bethanien im vorigen Jahre eine be-
deutende Mehrerſparnis erwachſen. Es erſcheint als
Pflicht, die Anſtalt in ihrer ſegensreichen Thätig-
keit für die Noth der lebenden Menſchheit zu
unterſtützen. Durch Beſuch des von dem Ge-
ſangverein des Konſervatoriums am 21. d. M.
zum Beſten der Anſtalt beſchloſſenen Konzer-
tes iſt ſie dem Beſuche geſchieden, ſeine Gabe zu
dieſem wohlthätigen Zweck beizutragen und ſich
außerdem einen ſeltenen Kunſtgenuß zu bereiten.
Das Programm des Konzer-tes wird in den
nächſten Tagen von den hieſigen Zeitungen be-
ſtändig veröffentlicht.

Börsen-Berichte.
Pöſen, 11. März. Spiritus loco ohne
Faß 50er 49,70, do. loco ohne Faß 70er 30,20.
Waggeburg, 11. März. Zuckerbericht.
Kornzucker exkl., von 92 Prozent —, neue
9,85 bis 10,00, Kornzucker exkl. 88 Prozent
Kornzucker 9,20-9,35, neue 9,35-9,45. Nach-
produkte exkl. 75 Prozent Kornzucker 6,45-7,0.
Kaffine. Brodraffinade I. 21,50. Brod-
kaffine II. 21,25. Gem. Raffinade mit Faß
21,25 bis 21,75. Gem. Raffinade I. mit Faß
20,75 bis —. Etetig. Rohzucker I. Produkt
Trautſch. a. S. Hamburg per März 9,17 1/2.

Eiſenbahn-Stamm-Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 257,50. Ost. Stb. 3% 69,10.

Stb. Aktien.
Eutin-Stb. 4% 56,00. Ost. Stb. 3% 69,10.
Pr. Stb. 4% 90,60. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 153,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 117,10. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 76,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 89,50. Ost. Stb. 3% 69,10.
Stb. 4% 65,50. Ost. Stb. 3% 69,10

Verloren.

Roman von Ludwig Hacht.
Nachdruck untersagt.

97)

Der Regierungsrath hatte die Geschichte eines verirrten Herzens und eines verkehrten Lebens nicht aus den Blättern gelesen, auf denen Petronella ihre Schuld bekannt. Vater Antonio hatte das Geständnis kurz und abgemessen abgefaßt, wie es sich für ein Dokument ziemte, das bestimmt war, vor den Augen lebenslustiger Richter als Beweismittel zu gelten. In dem Briefe, der nur in die Hände des Regierungsrathes kommen sollte, hatte er ausführlicher bei dem Seelenzustande der Verstorbenen geweltet, und was er verschwiegen, das ergänzte Haubhausen aus Magda's Schilderungen, wie aus den eigenen Erinnerungen. Das Bild der jugendgelebten stieg vor ihm auf, wie er sie zuerst erblickt und wie er sie erschaute, als er sich von ihr losgerissen, um sie zu fliehen auf Nimmerwiedersehen. Und dann sah er sie alle Wandlungen durchmachen, bis sie zu jener Megäre geworden war, die ihm an der Porta Nipa gerade entgegenfuhr und von den Pferden seines Wagens zur Seite geschleudert ward.

Datte er sie nicht aus ihrer Lebensbahn geschleudert? Hätte Marietta's Schicksal sich nicht anders gestaltet ohne ihn? Stundenlang sah er und sann und sann. Heute hatte er nicht Schopenhauer's Jitaz zur Hand: „Die schlechten Streiche werden erst in jener Welt geübt, die dummen aber schon hier“, ein anderes Wort aus

einem anderen Buche tönte ihm ins Ohr: „Der Wind säet, wird Sturm ernten.“ Er trat an's Fenster, blickte zu dem Himmel auf, der weißblau sich über der glutheligen Erde ausspannte, und sagte halblaut:

„Verzeih, Marietta, verzeih, wie ich Dir verzeihe. Ich habe so unheilvoll in Dein Leben gegriffen, wie Du in das meine; Du bist es aber, die verloren hat.“

Noch einmal las er den Brief des Vater Antonio, dann setzte er sich nieder, um ihn zu beantworten und reichte Geschenke für das Kloster, wo Marietta gepflegt worden war, wie für seine Armen in die Hände des guten Geistlichen zu legen. Als dieses Geschäft beendet war, klingelte er und befahl seinen Wagen anzufahren.

„Ich verzeihe auf ein paar Tage“, sagte er zu seiner Tochter, die schneidrig gewartet hatte, daß der Vater aus seinem Zimmer endlich wieder zum Vorschein kommen sollte; „wenn ich wiederkomme, bringe ich vielleicht Jemand mit. Rache indessen, wer es sein kann.“

Er klappte sie lächelnd auf die erhöthete Wange und stieg in den Wagen.

„Wilst Du Dich nicht nach Renzo umsehen, Vater? hat Magda, vielleicht findest Du ihn noch.“

„Er will nicht gefunden sein, und er thut recht daran“, entgegnete der Regierungsrath. „Sah ich seine Strafe ziehen; Eure Wege gehen auseinander.“

„Aber wir denken an einander in Frieden“, fügte Magda hinzu.

Der Regierungsrath stieg in den Wagen und fuhr, die ihn nachschauende Tochter noch mehrmals mit der Hand grüßend, davon.

Es war noch früh am Morgen, als der Frau von Hammerstein der Besuch des Rechtsanwalts gemeldet wurde. Mit ahnungsschwerem Herzen empfing sie ihn; sie hatte seit einiger Zeit das Vertrauen zum Gelingen ihrer Pläne verloren.

„Was bringen Sie mir?“ rief sie dem Eintretenden entgegen, ohne ihm Zeit zu einer Begrüßung und zu einer einleitenden Rede zu lassen. Der Rechtsanwalt hatte offenbar eine solche beabsichtigt; denn der Ruf verwirrte ihn, er suchte nach den schiedlichen Worten.

„Ohne Umschweife, Herr Justizrath“, drängte Frau v. Hammerstein. „Ich bin auf Alles gefaßt.“

Wirklich, gnädige Frau? Wohlan, gehen wir sogleich in medias res. Der Regierungsrath von Haubhausen war gestern Abend bei mir.“ Er hielt inne und beobachtete den Eindruck, den die Mitteilung auf seine Klientin machte.

„Weiter, weiter“, gebot sie in ruhiger Haltung, während ihr Athem stockte und ihre Pulse flogen.

„Er hat mir die vollgültigen Beweise gebracht, daß das Mädchen, welches er als seine ihm geraubte Tochter aus Italien mitgebracht hat, in Wahrheit Magda v. Haubhausen ist, seine und seiner Frau Gemahlin eheleiche Tochter, die Enkelin und einzige Erbin des Barons v. Eisenberg. Ich habe die Originale gesehen, hier sind die beglaubigten Abschriften und Ueberzeugungen.“ Er legte einige Papiere auf den Tisch.

Frau v. Hammerstein's Hand umfaßte krampfhaft die Lehne des Stuhles, auf dem sie saß. Ihr Gesicht überzog sich mit einer grünlichen Bläue, die Lippen zuckten, aber sie bezwang sich und prüfte ruhig und geschäftsmäßig die ihr vorgelegten Papiere. Dann blickte sie auf und sagte in

einem Tone, als habe sie die Vorbereitungen zu einer Unterhaltung erledigt und erwarte nun erst, in die Hauptsache einzutreten:

„Und nun?“

Der Justizrath sah sie verwundert an; er wußte nicht recht, was er aus der Frage machen sollte.

„Der Regierungsrath reklamirt als Vormund seiner Tochter nunmehr die ganze Hinterlassenschaft des Barons v. Eisenberg für dessen Universalerbin“, sagte er.

„Und Sie werden in meinem Namen Protest erheben und die Echtheit und Gültigkeit dieser Schriftstücke bestreiten“, versetzte Frau v. Hammerstein, sich aufrichtend.

„Verzeihen Sie, gnädige Frau, das werde ich nicht thun“, entgegnete der Rechtsanwalt.

Wie? Sie verjagen mir Ihren Beistand?“ rief sie vorwurfsvoll.

„In Ihrem Interesse, gnädige Frau, und allerdings auch in dem meinigen“, entgegnete der Justizrath, ohne sich aus der Fassung bringen zu lassen. „Wenn es mein Gewissen nicht thäte, würde mir die Rücksicht auf meine Stellung und meinen Ruf verbieten, die Führung eines Prozesses zu übernehmen, den ich für ebenso unbedeutend wie aussichtslos halte.“

„Die Voraussetzung, unter welcher Ihnen das Erbtheil zugesprochen ist, existirt nicht mehr.“

„Ich erkenne die Berechtigung der sogenannten Erbin nicht an. Himmel und Erde setze ich in

Bewegung, um mein Recht zu wahren!“ rief Frau v. Hammerstein.

„Wenn dieses Recht nur nicht Unrecht wäre“, sagte der Justizrath abschließend.

„Wenn Sie mir Ihre Hilfe verweigern, so zwingen Sie mich, mir einen anderen Rechtsbeistand zu suchen.“

„Ich habe das Vertrauen zu meinen Kollegen, daß Ihr Bescheid lauten werde wie der meinige, sobald sie sich mit der Sache vertraut gemacht haben“, entgegnete der Justizrath, „und warum Sie, sich gewissenlosen Winkelwäldern in die Hände zu geben, die Sie ausbeuten würden.“

„Sehr gültig“, versetzte Frau v. Hammerstein spöttisch.

„Nicht diesen Ton, gnädige Frau“, bat der Justizrath freundlich; „ich meine es gut mit Ihnen. Mein Rath ist, Sie unternehmen nichts gegen Fräulein v. Haubhausen, der Regierungsrath scheint nicht abgeneigt, ein billiges Abkommen mit Ihnen zu treffen.“

„Er will mir wohl ein Almosen hinwerfen“, lachte sie bitter. „Ich danke, von seiner Gnade verlange ich nichts. Entweder Alles, was mir zukommt, oder nichts.“

„So wird es wohl nichts sein“, sagte der Justizrath traurig. „Noch einmal verjagte er Frau v. Hammerstein zur Überzeugung, daß für jeder Anspruch auf die Erbschaft verloren sei, seine Vorstellungen blieben fruchtlos und wurden von ihr mit schlecht verhehlter Umgehung angeht. Kaum hatte er sich empfohlen, so machte sich Frau v. Hammerstein in aller Eile zum Aufgehen fertig. Sie fragte nach ihren Söhnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Präparandenanstalt zu Jastrow.

Aufnahme neuer Zöglinge am 17. bis 20. April. Meldungen bis dahin jederzeit an den Vorsteher **Dobbertin**. Stollen sehr mäßig. Unterrichtungen aus Staatsfonds können gewährt werden. Fast alle Schler der Oberabtheilung haben jetzt wieder die Seminaranbahnprüfung bestanden.

Concessionirte Vorbereitungsanstalt für das

Postgehilfen-Examen.

Strenge Disziplin. Gute Pension. Anstalt besteht 8 Jahre. 370 Schüler. Examen bestanden. Acad. geb. Lehrer (Doctoren).

Besondere Kurse für das

Schulraths- u. Einj.-Freiw.-Examen

Neuer Kursus 2. April. Eigene Haus und großer Garten. Hofsch. Friedrichstraße 66a.

Director **Priebe**.

Dr. Ruth's Knaben-Institut.

Charlottenburg b. Berlin, Bismarckstr. 114. Die Zöglinge besuchen das hiesige Kaiserin-Augusta-Real-Gymnasium sowie die lateinische Realschule. (Profr. u. Referenz in der Anstalt.)



Stettin, den 11. März 1895.

Heute Morgen 9 Uhr verstarb unser guter Bruder und Onkel, der Eigenhümer Herr

Adolf Wollert

im vollendeten 48. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. M., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Wallstraße 37 aus statt.

Heute, Nachts um 1 1/2 Uhr, entschlief nach kurzer Krankheit unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, die Lehrerin

Luis Wittenhagen geb. Grams

im Alter von 76 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 14. März, Nachmittags um 3 1/2 Uhr vom Trauerhause, Hohenzollernstraße 77, aus statt.

Stettin, den 10. März 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute Nachmittag 3 Uhr entschlief sanft nach langer Krankheit unser lieber Sohn und Bruder

Richard Hacker

in seinem 14. Lebensjahre, was betrübt anzeigen **Ad. Hacker und Frau** nebst Kindern.

Loitz, den 8. März 1895.

Die Beerdigung findet am Montag Nachmittags 3 Uhr statt.

Neues wissenschaftl. Buch:

Ueber die Ehe

statt M. 2,20 nur M. 1,70 franko aus Brief.

R. Oschmann, Königsf. 52.

Familien-Anzeigen aus anderen Zeitungen.

Geboren: Ein Sohn: Herrn G. Harbat (Seef.). Herrn Erich Nold (Stettin).

Verlobt: Fräulein Antonie Albrecht mit Herrn Otto Wolkmann (Straßburg - Küßlin). Fräulein Anna Matzig mit Herrn Ernst Jonas (Christiansburg - Jahnke).

Fräulein Clara Mielberg mit Herrn Hans Weichelt (Stettin - Berlin). Fräulein Emma Brehmer mit Herrn Bruno von der Sellen (Stettin).

Gestorben: Herr Friedrich Verdie (Swinemünde). Frau Marie Schmidt geb. Meinte (Greifswald). Fräulein Elisabeth Sund (Bavendagen). Frau Bau geb. Mich (Stettin). Frau Auguste Engelke geb. Otten (Bütz). Frau Johanne Klünder geb. Angenhausen (Stettin). Fräulein Theres Schmidt (Stettin). Fräulein Marie Engel geb. Engel (Golberg). Fräulein Emilie Wunde geb. Ulrich (Swinemünde). Frau Caroline von Berven geb. von Münchow (Stettin).

Schloss Kupperwolf, Edesheim, Pfalz.

Verkauf 500 Rinder 1889er, 91er, 92er und 1893er Weichweine von M. 230 bis M. 500, 91er Weichweine von M. 350 bis M. 500 per 1000 Liter.

F. Brennsack, Wein- und Obstbesitzer.

Steine für Beton

und ähnlichen Gebrauch verkauft sehr billig

Kjöge Beton-Sten-Mine, Dänemark.

Büsten

von Elkanbeimasse u. von Gyps sind vorrätig bei

Gebrüder Micheli, Berlin NW.,

Unter den Linden 76a.

Preise

Höhe in cm. von Elkanbeimasse von Gyps

Kiste

Dopp. lebensgr. 140 250 120 24

1 1/2 f. Lebensgr. 107 135 66 12

3/4 Lebensgr. 88 60 30 6

Lebensgr. 78 48 24 5

3/4 Lebensgr. 60 33 18 3

Fürst Bismarck in Uniform.

24

12

6

5

3

2

1

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0

0